

und Mitbestimmung des nicht-territorial organisierten Schweizer Protestantismus bewerkstelligt werden könnten. Als Ziel schwebt dem Vorstand vor, daß spätestens in fünf Jahren in einem ersten Schritt „eine erneuerte Abgeordnetenversammlung der evangelischen Kirchen, Hilfswerke, diakonischen Werke und Missionen sowie der Kirche nahestehende Organisationen“ eingeführt werden kann.

Eine erneuerte Abgeordnetenversammlung sollte über die statutarischen Geschäfte hinaus Themen behandeln, die von gemeinsamer Bedeutung sind und der Identitätsbildung dienen. Die Arbeitsgruppe muß deshalb abklären, „in welcher Form und in welchem Rahmen zentrale Themen behandelt werden“ könnten. Damit nahm die Abgeordnetenversammlung die Einschätzung der Arbeitsgruppe „Szenario“ auf, die Chance der reformierten Kirchen in der Schweiz sei „der richtige“ Umgang mit Themen.

So soll einerseits strukturell eine möglichst breite Vertretung des Schweizer Protestantismus angestrebt, andererseits durch eine gemeinsame Themenarbeit an Identität und Profil, an Sprach- und Handlungsfähigkeit gewonnen werden. Damit der Schweizer Protestantismus in der Öffentlichkeit, vorab in den Medien, aber auch wirklich zu vernehmen ist, braucht er auch eine angemessene Öffentlichkeitsarbeit. Im Rahmen eines Medienkonzeptes wird deshalb an die Schaffung einer *Evangelischen Agentur*, das heißt an den Aufbau eines Agenturbüros, in der deutschen Schweiz gedacht. Die Abgeordnetenversammlung hat den diesbezüglichen Zwischenbericht des Vorstandes mit Vorschlägen für das weitere Vorgehen ebenfalls gutgeheißen.

In diesem Medienkonzept wird beklagt, daß die kirchlichen Informationen in den deutschschweizerischen Medien weitgehend von der katholischen KIPA (der Partneragentur von KNA und KATHPRESS) bzw. der evangelikalen IDEA stammten und der landeskirchliche Protestantismus kaum mehr vernehmbar werde. Die angestrebte Alter-

native ist indes weder gegen den Katholizismus noch gegen den evangelikalen Protestantismus gerichtet. Und entsprechend verhält es sich mit den anderen Beschlüssen, die zur Stärkung des Schweizer Protestantismus beitragen können. Denn diese Stärkung, erklärte Pfarrer *Heinrich Rusterholz*, Präsident des Vorstandes des SEK, auf der Pressekonzferenz nach der Abgeordnetenversammlung, soll nicht zu Lasten und auf Kosten von Schwesterkirchen erfolgen; sie soll zudem ökumenisch nicht nur verträglich, sondern sogar hilfreich

sein, indem sie den Schwesterkirchen verdeutlichen kann, wer der „Schweizer Protestantismus“ ist.

Dazu gehört allerdings auch die Feststellung, daß der „landeskirchliche“ Protestantismus mit dem evangelikalen bzw. freikirchlichen Protestantismus im Rahmen des Verbandes der Freikirchen und Gemeinschaften (VFG) wohl im Gespräch ist, darin aber praktisch noch am Anfang steht, während zwischen dem VFG und dem Schweizer Katholizismus das Gespräch überhaupt noch nicht begonnen hat. R. W.

UNO: Migration im Zentrum des Weltbevölkerungsberichts

Die grenzüberschreitende und interne Migration mit der besonders problematischen massiven Verstärkung in den Entwicklungsländern bilden den Schwerpunkt des diesjährigen Berichts des Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen. Seine entwicklungspolitischen Forderungen konzentrieren sich auf die verstärkte Förderung ländlicher Strukturen und der Frauen.

In der alltäglichen Nachrichtenflut spielt der jährlich im Frühsommer erscheinende Weltbevölkerungsbericht des Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) eine Nebenrolle bzw. geht er ganz unter. An seiner Brisanz kann dies nicht liegen, wohl eher in der Abstraktheit, in der seine Botschaft trotz der redaktionellen Bemühung seiner Autoren verbleibt. Nur allzu schwer gelingt es der Leserschaft zu realisieren, was es für die Gegenwart und Zukunft der Weltgemeinschaft wirklich bedeutet, daß im Jahr 2000 die Zahl der Menschen auf der Erde von derzeit 5,57 Milliarden auf über sechs Milliarden gestiegen sein wird und daß es – nach durchaus maßvoller Schätzung – im Jahr 2050 etwa 10 Milliarden sein werden (dabei wurde diese „Höchstgrenze“ bisher für das Jahr 2085 angenommen). Erneut wird auch im diesjährigen Bericht die schwierige Prognose gewagt: Ab dem Jahr 2150 soll sich die Gesamt-

zahl einer relativ stabilen Weltbevölkerung bei etwa 11,6 Milliarden Menschen einpendeln.

Während noch 1975 weltweit der jährliche Bevölkerungszuwachs etwa 72 Millionen betrug, waren es 1993 schon 93 Millionen. Einen Rekord von circa 98 Millionen jährlich erwarten die Demographen für den Zeitraum zwischen 1995 und 2000. Der Anteil der Entwicklungsländer an diesem Wachstum wird dabei vom Berichtszeitpunkt bis zum Jahr 2000 bei etwa 95 Prozent liegen, davon entfallen auf Afrika und Südostasien allein etwa 53 Prozent. Der größeren Anschaulichkeit dient hier ein Vergleich: Wenn in Asien die derzeit 3,3 Milliarden Menschen auf geschätzte 4,9 Milliarden bis zum Jahr 2025 angestiegen sind, entspricht diese Zahl dann in etwa der Gesamtweltbevölkerung des Jahres 1986.

Die eigentliche entwicklungspolitische Problematik dieser Daten zeigt sich je-

doch erst durch die weitere Differenzierung des Wachstums nach Regionen: In den 47 Ländern, die von den Vereinten Nationen der Kategorie „am wenigsten entwickelt“ zugerechnet werden, betrug 1950 der Anteil am Gesamtbevölkerungswachstum 7 Prozent, 1990 aber waren es schon 13 Prozent; ihre Bevölkerung wuchs in diesem Zeitraum um 162 Prozent.

Das höchste Wachstum bei den Ärmsten

Wohl ebenso schwer nachzuvollziehen wie die dokumentierte Bevölkerungszunahme bleibt die Aussage, daß insgesamt über 100 Millionen Menschen auf Wanderschaft oder Flucht sind. Das heißt, etwa zwei Prozent der gegenwärtigen Gesamtweltbevölkerung sind auf der Suche nach einem besseren und zukunftsverheißenden Leben, fliehen vor Bürgerkriegen oder einem Alltag, in dem Menschenrechte mit Füßen getreten werden, oder suchen dem Teufelskreis von Armut, viel zu schnellem Bevölkerungswachstum und Umweltzerstörung zu entfliehen. Lakonisch heißt es in dem Bericht, der seinen diesjährigen Schwerpunkt eindeutig auf dieses Thema legt: Die weltweite Migration könne zur Menschheitskrise unserer Zeit werden.

Im Blick auf eine genauere Differenzierung der Zahlen nach Migrationsursachen und Brennpunkten der Wanderzüge betonen die Autoren, man könne Migration nicht auf nur einen einzigen Grund zurückführen. Eine klare Trennung zwischen wirtschaftlichen und politischen Gründen sei nicht möglich: Wo Bevölkerungsdruck, Wirtschaftsprobleme und Umweltzerstörung die Möglichkeiten zur Sicherung des Überlebens immer weiter einengten, komme es auch zu politischen Konflikten.

Im Jahr 1991 lag – hierfür wurde der Weltflüchtlingsbericht von 1992 des Flüchtlingsausschusses der Vereinten Staaten herangezogen – die Gesamtzahl der schutz- und hilfsbedürftigen

Flüchtlinge etwa bei 17 Millionen. Darüber hinaus ließen sich 3,5 Millionen Menschen der Kategorie „in flüchtlingsähnlicher Situation“ zuordnen; dazu lebten 23 Millionen Flüchtlinge an einem fremden Ort innerhalb der Grenzen ihres Landes.

Erkennbar ist das globale Phänomen und Problem Migration doch auch auf einige Brennpunkte konzentriert: Etwa 15 Millionen Menschen sind im Zeitraum von 1980 bis 1992 nach *Westeuropa* gekommen. In den *Vereinigten Staaten* nimmt seit den frühen sechziger Jahren vor allem die Zuwanderung aus Entwicklungsländern zu (etwa 90 Prozent betrug ihr Anteil an positiv beschiedenen Einwanderungsanträgen): Während der achtziger Jahre kamen 7,338 Millionen Einwanderer in die USA. In *Australien* und *Kanada* waren die Zuwachsraten in diesem Zeitraum relativ noch höher.

Bis zum Jahr 1985 hatten die *Staaten des Golfkooperationsrates* zusammen etwa 7,2 Millionen Ausländer aufgenommen, darunter 5,1 Millionen Arbeitsmigranten, die zugleich etwa 70 Prozent der Arbeitskräfte in diesen Ländern stellten. 63 Prozent kamen dabei aus Asien und innerhalb dieser Gruppe allein 87 Prozent aus Indien, Pakistan, Südkorea und den Philippinen. Mit dem Golfkrieg wurden schätzungsweise zwei Millionen Arbeiter aus dem Irak und den Golfstaaten vertrieben, von denen die meisten aus anderen Teilen der arabischen Welt und aus Asien kamen.

Zum Hauptzielland grenzüberschreitender Migration in Asien ist, so der Bericht, *Japan* geworden. Obwohl Japan, das nach dem Krieg kaum Einreisebeschränkungen gekannt habe, Ende der achtziger Jahre den Visumzwang für die Bürger vieler asiatischer Länder eingeführt habe, seien viele Besucher nach Ablauf der Visa im Land geblieben – insgesamt 280 000 im Jahr 1992 (1989: 20 500). Die *südostasiatischen Staaten* mit ihren dynamischen Volkswirtschaften hätten bei einem nur langsam steigenden Arbeitskräftepotential, deutlichem Lohnzuwachs und Arbeitskräftemangel in vielen Sektoren: Der Export an Arbeitskräften sei daher von

150 000 im Jahr 1982 auf 21 000 Menschen 1988 zurückgegangen. Dagegen sei *Südasiens* eine der wichtigsten Regionen, die Migranten aller Art in alle Teile der Welt abgibt.

Die beiden wichtigsten Auswanderungsländer *Lateinamerikas* sind *Mexiko* – in den achtziger Jahre waren es allein drei Millionen Mexikaner, die in die USA gingen – und Kolumbien. (Zwischen 700 000 und einer Million Kolumbianer leben im Ausland). *Argentinien* dagegen ist das Hauptzielland für Migranten aus der Nachbarschaft, aus Paraguay, Uruguay und Bolivien, wobei jedoch die Rezession der letzten Jahre zur Zunahme der eigenen Auswanderer und zur Abnahme der Einwanderer geführte habe.

Während im *Westafrika* der sechziger Jahren Ghana das attraktivste Zielland für Migranten war, ist an seine Stelle heute die Elfenbeinküste getreten, deren Bevölkerung schätzungsweise zu 30 Prozent aus Zugewanderten besteht. Der Hauptstrom der Wanderungen im *südlichen Afrika*, der in den vergangenen Jahrzehnten von Botswana, Lesotho und Swasiland in die Republik Südafrika geführt hat, ist der politischen Umstände wegen markant geringer geworden. Die wichtigste Wanderungsbewegung der Menschen, die den Kontinent verlassen, verläuft von *Nordafrika nach Westeuropa*: Bis zum Zeitraum 1989–90 ist die Anzahl der aus Algerien, Marokko und Tunesien stammenden Migranten in den OECD-Ländern von 1,2 Millionen im Jahr 1970 auf 2,1 Millionen in acht europäischen Ländern angestiegen.

Ambivalente Folgen für Herkunftsländer

Deutlich heben die UNFPA-Autoren in ihrer Analyse des Migrationsphänomens die Ambivalenz der Auswanderung für die Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme in Afrika, Asien und Lateinamerika hervor: Zum einen ziehe das Herkunftsland deutlichen Nutzen aus dem Deviseneinnahmen, die von

Überweisungen der Ausgewanderten stammten (was zugleich jedoch auch wieder gewisse Abhängigkeiten fördere); zudem profitiere es von dem verbesserten Arbeitsplatzangebot für die in der Heimat gebliebenen Arbeitssuchenden und durch die von Rückkehrern getätigten Investoren.

Zum anderen jedoch seien – unabhängig von den massiven sozialen Umstrukturierungsprozessen, die Migration in diesen Ausmaßen immer mit sich bringe – die Migranten häufig die Jungen, die Gebildeten und die Fähigen, kurz die wertvollsten Kräfte für die im Übergang befindlichen Gesellschaften.

Dies sei ein wichtiger Grund für *Einwanderungsquoten* in den hochentwickelten Aufnahmeländern; sie sollten diesen Abzug der Eliten der Entwicklungsländer verhindern. Mit der Beschreibung des spezifischen Profils des durchschnittlichen Migranten verknüpfen die Autoren zugleich eine entscheidende Warnung: Wer durch die Forcierung der Entwicklungshilfe eine unmittelbare Auswirkung auf die „Migrantenflut“ erhoffe, müsse enttäuscht werden: Verstärkte Hilfe in den Entwicklungsländern wird zunächst zu mehr Auswanderern führen.

Massive Verstädterung in den Entwicklungsländern

Vor allem aber fliehen die Menschen aus ihren ländlichen Lebenszusammenhängen in die Städte. In quantitativer Hinsicht erreicht die grenzüberschreitende lange nicht das Ausmaß dieser internen Migration. Ausführlich dokumentiert der Bericht das Phänomen der immer weiter wuchernden „Megastädte“ in den Entwicklungsländern: Armut, hohe Geburtenraten und Umweltschäden (nach Angaben des UN-Flüchtlingskommissariates leben von einer Milliarde Armen in den Entwicklungsländern 450 Millionen in Gebieten mit geringem landwirtschaftlichen Ertragspotential und etwa ebensoviel in ökologisch bedrohten) treiben etwa 30 Millionen Menschen in den Entwicklungsländern in die Städte. Abwanderung aus

ländlichen Gebieten sei in den Entwicklungsländern, so der Befund, zu etwa 60 Prozent für das Städtewachstum verantwortlich. Noch 1950 lebten etwa 83 Prozent der Bevölkerung in den Entwicklungsländern auf dem Land, gegen Ende des Jahrhunderts werden es nur noch rund 60 Prozent sein.

Während 1950 sieben der zehn größten Städte der Welt in Industrieländern lagen – wobei keine mehr als 15 Millionen Einwohner hatte – werden bis zum Ende dieses Jahrhunderts acht dieser Riesenstädte zu Entwicklungsländern gehören. Jede von ihnen wird dann über 15 Millionen Einwohner zählen.

Lange Zeit, so der Bericht, habe die Verstädterung als einer der zentralen Indikatoren für den Entwicklungsstand eines Landes gegolten. In vielen Entwicklungsländern sei sie dagegen vielfach zum Hemmnis geworden. Ihre Kritik an nationalen wie internationalen entwicklungspolitischen Maßnahmen – die zu sehr auf Industrie und große landwirtschaftliche Betriebe konzentriert seien und damit der Verarmung, der sozialen Erosion auf dem Lande und letztlich der Abwanderung von dort Vorschub geleistet hätten – verbinden die UNFPA-Autoren mit dem Plädoyer für eine *gezielte Förderung ländlicher Strukturen*. Es bestehe die berechtigte Sorge, daß die rasante Urbanisierung den Entwicklungsprozeß bremsen könne. Dies zeigt der Vergleich: In den Industrieländern sei die Stadtbevölkerung in der Periode des raschesten Wachstums (1840-1914) um das Fünffache gewachsen. Die Stadtbevölkerung in den Entwicklungsländern werde dagegen im Zeitraum von 1950 bis 2025 vermutlich auf das Sechzehnfache ansteigen. Immer weniger seien die urbanen Zentren in der Lage, Unterkünfte, Arbeitsplätze und eine ausreichende Ernährungsbasis für die landflüchtig Bevölkerung bereitzustellen. Zweiter Schwerpunkt der entwicklungspolitischen Forderungen ist die Konzentration auf den Abbau der vielfältigen Diskriminierungen und die Förderung von Frauen. Entschieden verweisen die Autoren auf die Notwendigkeit, die vernachlässigte *geschlechts-*

spezifische Dimension ins Blickfeld zu bringen. Zunächst wenden sie sich dabei gegen ein weitverbreitetes Fehlurteil. Grundsätzlich führe das Ausmaß der derzeitigen Migration zu einer Umstrukturierung der Familienhaushalte, so daß immer mehr Frauen die alleinige Verantwortung für Familie, Haushalt und Einkommen zu tragen hätten. Während aber gemeinhin angenommen werde, der Großteil der auf Wanderschaft und Flucht befindlichen Menschen wären Männer, zeigt der Bericht: Etwa 50 Prozent der Migranten sind Frauen. Sie suchten der sozialen und ökonomischen Benachteiligung in ihrer Heimat zu entkommen und müßten dies meist mit einer vielfachen Diskriminierung in den Aufnahmeländern bezahlen.

Die Sicherung des Zugangs zu ökonomischen Ressourcen und sozialen Dienstleistungen für Frauen würde, da diese in einem Großteil der Entwicklungsländer die Verantwortung für die Grundbedürfnisse der Familie trügen, einen erheblich größeren Nutzen erbringen als Investitionen in die Arbeitsproduktivität der Männer. „Jede auf eine ländliche oder städtische Entwicklung gerichtete Strategie, die die geschlechtsspezifische Diskriminierung im sozio-ökonomischen System ignoriert oder gar verstärkt, sorgt daher mit großer Wahrscheinlichkeit dafür, daß Armut und rasches Bevölkerungswachstum weiterbestehen bleiben.“

Mehrfach betonen die Autoren, daß Migration zunächst einmal immer Resultat einer individuellen Entscheidung eines einzelnen, einer Familie ist – meist eine alternativlose Überlebensstrategie –, die deren Leben massiv verändert und mit hohen Risiken verbunden ist. Migration könne aber auch ein Symptom von Ungerechtigkeit und Unterentwicklung sein; sie lege immer schon zugleich Zeugnis ab von zerstörerischen Kräften in den Volkswirtschaften und in der Weltwirtschaft sowie von gesellschaftlichen Umbrüchen. Ein Bericht über 100 Millionen Migranten müßte deshalb – trotz der Abstraktheit seiner Zahlen – in unseren Breiten zum Fanal werden. A.F.